

Wahlprüfstein des Bundesverbandes der Familienzentren e.V.:

Der Bundesverband der Familienzentren versteht unter Familienzentren jene Einrichtungen, die in einem sozialen Umfeld passgenaue unterstützende und bildungsförderliche Angebote für Kinder und ihre Familien bereithalten, vermitteln oder bündeln. Familienzentren sind Begegnungs-, Bildungs-, Unterstützungs- und Erfahrungsorte, die an nachbarschaftliche Lebenszusammenhänge anknüpfen, die elterliche Erziehungskompetenz stärken, Selbsthilfepotentiale von Eltern und anderen an der Erziehung der Kinder beteiligten Personen aktivieren, soziale Netzwerke unterstützen und so nachhaltig die kindliche Entwicklung und das gesunde Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen fördern. (unter: <http://www.bundesverband-familienzentren.de>).

I. Qualität in der frühkindlichen Bildung

- 1) Welche Bedeutung haben Familienzentren aus Sicht der CDU für die Qualität und Chancengleichheit in der frühkindlichen Bildung?
- 2) Was planen Sie in der kommenden Legislatur, um nach dem quantitativen Ausbau nun auch den qualitativen Ausbau im U3-Bereich zu verbessern?
- 3) Wie möchten Sie die Fachkraft-Kind-Relation (U3- und Ü3-Bereich) in Rheinland-Pfalz senken, um die Bildungsqualität und die Chancengerechtigkeit im frühkindlichen Bereich zu verbessern?
- 4) Wie möchte die CDU Familienzentren (nach der obenstehenden Definition) in Rheinland-Pfalz fördern?
- 5) Der Bundesverband für Familienzentren e.V. hält vor allem den Early Excellence Ansatz und das Sure Start Programm aus England geeignet, um Inklusion (Inklusion nach: Prengel, Annedore: Pädagogik der Vielfalt. Opladen 1993/2006) in Rheinland-Pfalz gelingend umzusetzen. Wie möchte die CDU in der kommenden Legislaturperiode die Inklusion im frühkindlichen Bereich in Rheinland-Pfalz – auch vor dem Hintergrund der Zuwanderung - weiter vorantreiben?

II. Strukturelle und finanzielle Rahmenbedingungen

- 1) Möchte die CDU Einrichtungen, die ein umfassendes und ganzheitliches Angebot für Familien anbieten, zusätzlich fördern?
 - a) Wenn ja, welche personellen oder finanziellen Ressourcen würde die CDU auf Landesebene hierfür zur Verfügung stellen?
 - b) Wenn nein, wie möchte die CDU die Familienfreundlichkeit in Rheinland-Pfalz fördern?

- 2) Bedarfsgerechte Vernetzung mit dem Sozialraum und ein an die Bedürfnisse der Eltern angepasstes Angebot bedürfen einer Koordination. Inwiefern sieht die CDU diese Koordinationsaufgabe bei einer Kindertageseinrichtung/ einem Familienzentrum? Werden Sie bei einer Regierungsbeteiligung diesen Koordinierungsaufwand bei der Landesförderung strukturell oder finanziell berücksichtigen?
- 3) Sieht die CDU die Notwendigkeit einer Änderung des Kindertagesstättengesetzes oder der Landesverordnung zur Ausführung des Kindertagesstättengesetzes in der kommenden Legislatur?
 - a) Wenn ja, in welcher Hinsicht?
 - b) Plant die CDU bei einer Regierungsbeteiligung eine Ausweitung des nach §12a Kindertagesstättengesetzes gewährten Betreuungsbonus auf eine Betreuung von Flüchtlingskindern in der Verbandsgemeinde (nach Anteil an der Gesamtzahl der betreuten Kinder v.H.)?

III. Vereinbarkeit Familie und Beruf

Für viele Familien und besonders für Mütter ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oft noch eine Herausforderung. Und selbst wenn sie gelingt, so wären doch gerne mehr Mütter mit einer höheren Wochenstundenzeit erwerbstätig oder wünschen sich mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung (siehe AID:A Survey II: Aufwachsen in Deutschland des DJI).

- 1) Wie möchten die CDU die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Pflege und Beruf in Rheinland-Pfalz weiter verbessern?
- 2) Welche Faktoren (Öffnungszeiten, Angebot, Partizipation der Eltern) sind für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus Sicht der CDU maßgeblich und wie planen Sie diese in der kommenden Legislatur gezielt zu verbessern?
 - a) Öffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen und Betreuungsangebote für Eltern im Schichtdienst:
 - b) Bedarfsgerechte Angebote in oder im Umfeld der Kindertageseinrichtung (One-Stop-Shop-Prinzip):
 - c) Partizipation der Eltern – Eltern als Experten für ihre Kinder ernst nehmen:
 - d) Zusätzliche Faktoren, die aus Sicht des CDU Landesverbands Rheinland-Pfalz maßgeblich sind:

IV: Inklusion und Umgang mit Heterogenität in Kindertageseinrichtungen

Nach einer Expertise der Robert Bosch Stiftung (Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement) eignen sich Familienzentren besonders um eine Integration von Flüchtlingen vor Ort zu fördern. Durch die Sozialraumorientierung und dem bedarfsgerechten ganzheitlichen Angebot sind Familienzentren (bzw. Eltern-Kind-Zentren, Kinder- und Familienzentren oder Familienkitas) ideale Brückenbauer zwischen Familien mit Fluchterfahrung und dem Sozialraum.

- 1) Welche Rolle haben aus Sicht der CDU in Rheinland-Pfalz Kindertageseinrichtungen und vor allem Familienzentren bei der Integration von Asylbewerbern in Städte und Gemeinden?
- 2) Welche Chancen ergeben sich aus Sicht der CDU aus der Inklusion im frühkindlichen Bereich?
- 3) Welche Chancen sieht die CDU in der aufsuchenden Arbeit in den Familien, um die Integration von Flüchtlingsfamilien zu fördern?
- 4) Wie möchten Sie die im Rahmen ESF-Bundesprogramms Elternchancen II vorgesehene Qualifizierung ausgebildeten Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter in Rheinland-Pfalz nutzen, um eine Integration der Flüchtlingsfamilien vor Ort zu unterstützen?
 - a) Wenn ja, was plant die CDU diesbezüglich?
- 5) Wie möchte die CDU interkulturelle und interreligiöse Kompetenzen bei pädagogischen Fachkräften an Kindertageseinrichtungen und in der Familienbildung fördern?
- 6) Planen Sie eine Fort- und Weiterbildung der in den rheinland-pfälzischen Kitas eingesetzten interkulturellen Fachkräfte (nach § 2 Abs.5 Punkt 3 der Landesverordnung zur Ausführung des Kindertagesstättengesetzes), damit diese eine Integration von Familien mit Fluchterfahrung vor Ort unterstützen können?
- 7) Ab wann gilt aus Sicht der CDU ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz (Ü3) für Flüchtlingskinder? Und ab wann sollte er gelten, um die Bildungschancen der Kinder mit Fluchterfahrung zu fördern?
- 8) Wie plant die CDU in der kommenden Legislatur eine Integration von Flüchtlingsfamilien vor Ort zu fördern?

V Zuständigkeitsübergreifende Kooperationen

Kinder- und Familienzentren befinden sich an der Schnittstelle von Gesundheits-, Jugend- und Sozialamtszuständigkeit. Ein Charakteristikum für pädagogische und soziale Dienstleistungen in Deutschland sind Vielfalt und Nebeneinander unterschiedlicher Angebotsformen und Träger von Angeboten. Für einzelne Familien und Kinder sind alle Ämter zuständig. Die Träger- und Angebotsvielfalt trägt dann, wenn regelmäßig Abstimmungen zwischen ihnen stattfinden. Bisher findet eine familienbezogene Koordination der Zuständigkeiten und Angebote kaum statt.

- 1) Welche Maßnahmen plant die CDU (auf Bundes- und Landesebene) zur Entsülung der Zuständigkeiten für eine verbesserte Abstimmung der Angebote von Dienstleistern wie Jugendhilfe, Sozialhilfe und dem Gesundheitswesen?

Wahlprüfsteine des Bundesverbandes der Familienzentren

Antworten der CDU Rheinland-Pfalz

I. Qualität in der frühkindlichen Bildung

- 1) Familienzentren haben für die CDU Rheinland-Pfalz eine herausragende Bedeutung, denn sie nehmen den gesamten Lebenszusammenhang des Kindes in den Blick. Die Einbindung der Familie ist der entscheidende Faktor, um gerade im frühkindlichen Bereich erfolgreich arbeiten zu können. Das geht nur ganzheitlich unter Einbindung aller Akteure. Diese Vernetzung und Koordination ist für eine gute Förderung der Kinder unersetzlich.

- 2) Seit Jahren weist die CDU-Landtagsfraktion auf die Notwendigkeit einer umfassenden Qualitätsoffensive für die Kindertagesstätten hin. Denn wenn die zunehmende Inanspruchnahme mit einer geringer werdenden Qualität von Bildung und Betreuung erkaufte wird, ist nichts gewonnen. Vielmehr haben die Kinder unter einer solchen Politik zu leiden. Für die kommende Legislaturperiode planen wir eine Erzieherinnenoffensive. Wir wollen insbesondere Modelle der dualen Bildung ausbauen, die es angehenden Erzieherinnen ermöglicht, parallel zur theoretischen Ausbildung praktische Erfahrungen zu sammeln und gleichzeitig bereits eine Ausbildungsvergütung zu erhalten. Dies steigert die Attraktivität und kann zu einer zeitlichen Straffung führen. Das ist ein wichtiger Beitrag, um den akuten Erzieherinnenmangel zu bekämpfen. Flankierend müssen sich aber auch die Gruppengrößen in den Kindertagesstätten ändern. Der Länderreport frühkindlicher Bildungssysteme der Bertelsmann Stiftung konstatiert, dass *„die große Mehrzahl der unter Dreijährigen in Rheinland-Pfalz schon heute alles andere als optimale Bedingungen [findet]“*. Diese Einschätzung wird von Erzieherinnen und Verbänden geteilt.

Auch die Sprachförderung muss in Rheinland-Pfalz neu konzipiert werden. Denn die landesweite Evaluation im Auftrag der Landesregierung hat ergeben:

„Die Anregungsqualität in der Sprachförderung ist sehr niedrig: Es gibt kaum Aktivitäten zur Unterstützung komplexer Denkprozesse der Kinder (...) und die Unterstützung der Sprachfähigkeit der Kinder ist niedrig. (...) Die sprachbezogene Prozessqualität (ist) in allen untersuchten Bereichen (...) als mittelmäßig einzustufen.“

- 3) Insbesondere die Größe altersgemischter Gruppen muss reduziert werden. Denn hier werden in großer Zahl unter dreijährige Kinder betreut. Gerade die ein- und zweijährigen Kinder sind rückhaltlos auf die Fürsorge der Erzieherinnen angewiesen. Sie

sind im Gegensatz zu Kindern ab drei Jahren kaum in der Lage, ihre Bedürfnisse adäquat zu artikulieren, geschweige denn, sie selbst zu stillen. Psychisch-emotional sind sie besonders verletzlich. In den ersten Jahren bilden sich das Grundvertrauen und die Möglichkeit der gezielten zwischenmenschlichen Interaktion heraus. In diesen ersten Lebensjahren entwickeln sich erst langsam die Kategorien zur Wahrnehmung der Umwelt. Deshalb ist ein Höchstmaß an räumlicher und personeller Kontinuität sowie Fürsorge im Umgang mit diesen Kindern erforderlich. Parallel wollen wir ermöglichen, innerhalb einer Kindertagesstätte zusätzliches Personal einzustellen, um die pädagogischen und inhaltlichen Anregungen zu vertiefen. Dabei steht für uns die Herstellung einer größeren Multiprofessionalität im Vordergrund. Dies muss landesseitig besonders gefördert werden.

- 4) Die Idee der Familienzentren wollen wir noch breiter in die Fläche tragen. Eine bessere Vernetzung der Akteure kann ein wichtiger erster Schritt sein, um Familienzentren regional stärker zu etablieren. Zudem muss das Projekt der Familienzentren intensiver vom Land gefördert werden. Neben dem finanziellen Aspekt geht es vor allem um eine stärkere Sensibilisierung der Träger für dieses Thema. Die Benennung von Regionalkoordinatoren kann hier sehr hilfreich sein.
- 5) Inklusion hat insbesondere in der Kindertagesstätte ihren Platz. Wo, wenn nicht hier, kann das Zusammenleben aller gelingen? Das betrifft nicht nur beeinträchtigte Kinder, sondern auch sozial Benachteiligte und Migranten. Um diesen umfassenden inklusiven Ansatz erfolgreich umzusetzen, darf man aber nicht die Augen davor verschließen, dass das mit Kosten verbunden ist. Kinder mit Behinderung brauchen eine intensive förderpädagogische Unterstützung. Migranten und sozial Benachteiligte bedürfen einer besonderen sozialen und sprachlichen Förderung. Die notwendigen Voraussetzungen müssen landesseitig gegeben sein. Eine Inklusion ohne Mittel ist dagegen zum Scheitern verurteilt. Deshalb brauchen wir eine behutsame und schrittweise Umsetzung, die seriös finanziert ist. Die Familienzentren sind jedoch genau die richtige Antwort für diese Aufgabe. Deshalb werden wir sie weiter stärken.

II. Strukturelle und finanzielle Rahmenbedingungen

- 1) Die CDU Rheinland-Pfalz wird im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Landeshaushalts Familienzentren zusätzlich fördern. Zum jetzigen Zeitpunkt ist eine exakte Quantifizierung nicht möglich. Dafür bedarf es eines Kassensturzes nach der Landtagswahl.

- 2) Eine regionale Vernetzung der Angebote des Sozialraums ist nicht nur für Familienzentren sinnvoll, sondern für die gesamte Kindertagesstättenarbeit. Deshalb halten wir eine zusätzliche Förderung von regionalen Koordinatoren für sinnvoll. In diese Überlegungen müssen aber sowohl organisatorisch als auch finanziell die Träger mit eingebunden werden.
- 3) a) Nachdem die rot-grüne Landesregierung die Novellierung des Kindertagesstättengesetzes in dieser Legislaturperiode versäumt hat, steht eine Neufassung in den kommenden fünf Jahren an. Die Kindertagesstättenfinanzierung muss auf transparente und berechenbare Füße gestellt werden. Es hat sich mit den Jahren eine Vielzahl an Finanzierungsmodellen ergeben, die es kaum mehr erlauben, einen eindeutigen Überblick über kommunales Geld, Landesgeld und den Beiträgen freier Träger zu erhalten. Hier muss Klarheit geschaffen werden. Zudem wollen wir eine Diskussion zur Öffnung der Kindertagesstätten in den Randzeiten für andere Betreuungsmodelle genauso anstoßen wie eine Neufassung der Beitragsfreiheit. Es ist auch nicht redlich, beständig der Multiprofessionalität das Wort zu reden, jedoch dieses Thema im Kindertagesstättengesetz weder inhaltlich noch finanziell zu thematisieren.
- b) inhaltlich wollen wir diese Regelung nicht antasten, behalten uns aber vor, sie in eine transparentere Lösung mit einzubinden.

III. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

- 1) Die CDU-Rheinland-Pfalz steht für die Wahlfreiheit der Eltern ein. Wir respektieren die Entscheidung der Eltern, zugunsten der Kinder auf Erwerbstätigkeit zu verzichten genauso wie die Entscheidung, mit Kindern berufstätig zu sein. Neben unserer Forderung zur Einführung eines Landesfamiliengeldes stehen wir für den familien- und bedarfsorientierten Ausbau der Betreuungsinfrastruktur. Das bedeutet in vielen Fällen flexiblere Betreuungszeiten. Deshalb wollen wir die starren Betreuungszeiten der Ganztagschulen familienfreundlich flexibilisieren und die Betreuungsmöglichkeiten in den Randzeiten der Kindertagesstätten ausbauen. Eine durchgängige Rundumbetreuung durch die Kindertagesstätte lehnen wir aus pädagogischen und entwicklungspsychologischen Erwägungen ab.
- 2) a) Eine Flexibilisierung der Öffnungszeiten ist in vielen Einrichtungen noch notwendig, um eine Berufstätigkeit zu ermöglichen. Doch steht für uns der Förderaspekt des Kindes im Vordergrund. Deshalb sehen wir pädagogisch-sinnvolle Grenzen der Öffnungszeiten der Kindertagesstätten. Extreme Betreuungszeiten in den Nacht- und sehr frühen Morgenstunden sollten nicht in erster Linie von Kindertagesstätten, sondern in der Familie oder anderen möglichst familiennahen Betreuungsangeboten,

wie z. B. der Kindertagespflege, abgedeckt werden. Hier bedarf es aber einer zusätzlichen Unterstützung – insbesondere für Alleinerziehende.

b) Die CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz hatte bereits die Öffnung der Kindertagesstätten für Kindertagespflege in die Diskussion eingebracht, um Randzeiten abzudecken. So könnte das Umfeld für das Kind bis zum Ende der Betreuung gewährleistet werden. Diesen Ansatz wollen wir weiter mit den Experten vor Ort diskutieren.

c) Eltern sind für die CDU Rheinland-Pfalz keine Laien, sondern die ersten Experten, wenn es um ihre Kinder geht. Sie kennen ihre Kleinsten am besten. Deshalb begrüßen wir nachdrücklich die intensive Einbindung der Eltern in die Arbeit der Kindertagesstätte. Dadurch kann auch dem falschen Eindruck entgegengewirkt werden, Erziehung würde zunehmend alleinige Aufgabe der Kindertagesstätte. Denn ohne Eltern geht es nicht. In einer Erziehungspartnerschaft müssen Eltern und Kindertagesstätte gemeinsam das Wohl des Kindes im Auge behalten.